

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1009
des Abgeordneten Peer Jürgens
Fraktion der Linkspartei.PDS
Landtagsdrucksache 4/2485

Mobilität von Studierenden

Am 25.1.2006 hat die Kultusministerkonferenz (KMK) einen Bericht zur Mobilität der Studienanfänger und Studierenden in Deutschland von 1980 bis 2003 vorgelegt. Darin wird Brandenburg als „lebhaft austauschendes Land mit deutlich unterdurchschnittlicher Sesshaftigkeits- sowie deutlich überdurchschnittlicher Export- und Importquoten“ bezeichnet.

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 1009 vom 07.02.02006:

1. Wie bewertet die Landesregierung den Bericht insgesamt?
2. Welche Vor- bzw. Nachteile leiten sich für die Landesregierung aus der Tatsache ab, dass Brandenburg ein "lebhaft austauschendes Land" ist?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass Brandenburg die geringste Sesshaftigkeitsquote und die höchste Wanderungsquote besitzt und lediglich ein Drittel der Studierenden in Brandenburg bleiben (Bundesdurchschnitt bei rund 60%)? Worin sieht die Ursachen dafür?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass in Brandenburg nur ein Drittel derjenigen Abiturienten, die ihr Abitur in Brandenburg erworben haben in Brandenburg studieren, während es im Bundesdurchschnitt zwei Drittel sind (Verbleib im Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung)? Worin sieht die Ursachen dafür?
5. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass besonders junge Frauen zum Studium Brandenburg verlassen? Worin sieht die Ursachen dafür?
6. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass nur 25% der Studienanfänger an Brandenburger Universitäten, aber 58% der Studienanfänger an Brandenburger Fachhochschulen aus Brandenburg kommen? Worin sieht die Ursachen dafür?
7. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass sich der Exportüberschuss von Studienanfängern zwischen 1995 bis 2003 von rund 600 auf über 3.600 versechsfacht hat? Worin sieht die Ursachen dafür?

Datum des Eingangs: 08.03.2006 / Ausgegeben: 13.03.2006

8. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass sich der Exportüberschuss von Studierenden zwischen 1995 bis 2003 von rund 7.000 auf über 14.000 verdoppelt hat? Worin sieht die Ursachen dafür?
9. Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus dem Bericht und welche Aktivitäten plant sie diesbezüglich?

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur die Kleine Anfrage wie folgt:

Die Landesregierung geht davon aus, dass sich die Kleine Anfrage 1009 auf die Dokumentation 178 der Kultusministerkonferenz vom November 2005 bezieht. Das in der Kleinen Anfrage genannte Veröffentlichungsdatum fällt mit dem Datum einer Pressemitteilung der Kultusministerkonferenz zu der o.g. Dokumentation zusammen.

Frage 1:

Wie bewertet die Landesregierung den Bericht insgesamt?

Zu Frage 1:

Der Bericht der Kultusministerkonferenz behandelt die Studierendenmobilität bis 2003. Die Aussagen, die Brandenburg betreffen, waren der Landesregierung aus eigenen Analysen bereits vorher bekannt. Da wissenschaftlicher Austausch, zu dem auch die Studierendenmobilität zählt, ein Grundmerkmal der Hochschulausbildung ist, bewertet die Landesregierung den Bericht insgesamt als interessant und die Landesplanung unterstützend.

Frage 2:

Welche Vor- bzw. Nachteile leiten sich für die Landesregierung aus der Tatsache ab, dass Brandenburg ein "lebhaft austauschendes Land" ist?

Zu Frage 2:

Den Austausch von Studierenden über Landesgrenzen hinweg sieht die Landesregierung als sinnvoll und wünschenswert sowohl hinsichtlich des Austausches von Wissenspotentialen als auch für die persönliche Entwicklung der Studierenden an. In einer hohen Export- und Importquote bei den Studierenden an sich erkennt die Landesregierung keinen Nachteil. Probleme ergäben sich erst bei einer extremen Unausgeglichenheit von Export- und Importquote.

Frage 3:

Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass Brandenburg die geringste Sesshaftigkeitsquote und die höchste Wanderungsquote besitzt und lediglich ein Drittel der Studierenden in Brandenburg bleiben (Bundesdurchschnitt bei rund 60%)? Worin sieht sie die Ursachen dafür?

Frage 4:

Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass in Brandenburg nur ein Drittel derjenigen Abiturienten, die ihr Abitur in Brandenburg erworben haben in Brandenburg studieren, während es im Bundesdurchschnitt zwei Drittel sind (Verbleib im Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung)? Worin sieht sie die Ursachen dafür?

Zu Frage 3 und 4:

Von den Studierenden, die eine Hochschulzugangsberechtigung in Brandenburg erworben haben und außerhalb von Brandenburg studieren, studiert die weit überwiegende Zahl in den angrenzenden Bundesländern, insbesondere in Berlin. Die Situation Brandenburgs unterscheidet sich von den anderen Bundesländern dadurch, dass es mit Berlin „im Zentrum“ des Landes ein großes Angebot an Studiengängen und Studienplätzen an Hochschulen gibt. Eine Erfassung von Berlin und Brandenburg als Einheit würde mit rd. 75 % eine weit über dem Bundesdurchschnitt liegende Verbleibsquote ausweisen. Die Tatsache, dass Brandenburg andererseits bundesweit mit die höchsten Anteile von Studierenden aus anderen Bundesländern (im WS 2004/05 46,4 %) und dem Ausland (im WS 2004/05 rd. 13,1 %) aufweist, spricht für die Qualität und Attraktivität der Hochschulen Brandenburgs. Nach Auffassung der Landesregierung spielt bei der Entscheidung für einen Studienort in oder außerhalb Brandenburgs eine Vielzahl von Gründen eine Rolle, zu denen hauptsächlich die Nähe des Wohnorts zu einem Hochschulstandort, das spezifische Fächerangebot der Hochschulen, aber auch der Erfolg/Misserfolg bei der Bewerbung um einen Studienplatz an einer oder mehreren Hochschulen, die Zuweisung eines Studienplatzes durch die ZVS sowie individuelle Neigungen und Präferenzen zählen. Hinsichtlich des Fächerangebots der Hochschulen hat das Land beim Aufbau des Hochschulsystems auf die Einrichtung einer Reihe von Fächern (Medizin, Pharmazie, Landwirtschaftswissenschaften, Theologien u.a.) mit Blick auf die vorhandenen Angebote in Berlin bewusst verzichtet. Im Rahmen des Ausbaus des Fächerangebots erfolgt eine enge Abstimmung mit Berlin. Ziel der Landesregierung und der Hochschulen ist es, ein attraktives Studienangebot zu gewährleisten. Im Wettbewerb der Hochschulen um die Studierenden entscheiden dann ausschließlich die Leistungen der Bewerber, nicht die regionale Herkunft.

Frage 5:

Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass besonders junge Frauen zum Studium Brandenburg verlassen? Worin sieht sie die Ursachen dafür?

Zu Frage 5:

Geschlechtsspezifische Unterschiede in der Mobilität zeigen sich nicht nur in Brandenburg, sondern in Deutschland insgesamt und besonders in den neuen Ländern. Brandenburg unterscheidet sich diesbezüglich von den anderen neuen Ländern zwar in den prozentualen Anteilen, wozu bereits in der Antwort auf die Fragen 3 und 4 Stellung genommen wurde, nicht aber in der Tendenz.

Die höhere Mobilität von Frauen ist zumindest zu einem Teil auf eine geschlechtsspezifische Fächerwahl zurückzuführen. Häufig von Frauen gewählte Studiengänge wie die Medizin besitzen einen besonders hohen Mobilitätsanteil. In Brandenburg ist der Exportanteil in medizinischen Studiengängen 100 %, da nach der Hochschulentwicklungsplanung des Landes derartige Angebote nicht vorgehalten werden. Die Landesregierung ist jedoch bestrebt, verstärkt junge Frauen aus Brandenburg für ein Studium an den Brandenburger Hochschulen zu gewinnen. Sie unterstützt daher insbesondere Maßnahmen wie z.B. das landesweite Projekt „JUWEL – Jung, weiblich, Lust auf Technik“, um mehr junge Frauen für ein Studium natur- und ingenieurwissenschaftlicher Fächer zu interessieren.

Frage 6:

Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass nur 25% der Studienanfänger an Brandenburger Universitäten, aber 58% der Studienanfänger an Brandenburger Fachhochschulen aus Brandenburg kommen? Worin sieht sie die Ursachen dafür?

Zu Frage 6:

Es ist keine neue Erkenntnis, dass die Fachhochschulen in Deutschland viel stärker als die Universitäten Studierende aus der näheren Region für sich gewinnen können. Zum Teil beruht dies darauf, dass durch die üblicherweise stärker anwendungsorientierten Studiengänge und die besser überschaubare zeitliche Perspektive Studierende angesprochen werden, die sonst einem Studium aus verschiedensten Gründen eher skeptisch gegenüber stehen. Der Schritt in ein Studium an einer heimatnahen Fachhochschule fällt leichter als der in eine „ferne“ Universität.

Die Brandenburger Fachhochschulen bieten in großem Umfang ingenieurwissenschaftliche Studiengänge an. Diese Fächergruppe zeigt nach dem Bericht der Kultusministerkonferenz die größte „Sesshaftigkeit“. Die hier angeführten Zahlen spiegeln diesen Sachverhalt wider.

Das Land Brandenburg hat stets auf den Auf- und Ausbau der Fachhochschulen besonderen Wert gelegt. Mit dem weiteren Ausbau der Ausbildungskapazitäten an den Brandenburger Fachhochschulen wird ein wichtiger Beitrag zur Ausweitung der Bildungsbeteiligung geleistet.

Frage 7:

Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass sich der Exportüberschuss von Studienanfängern zwischen 1995 bis 2003 von rund 600 auf über 3.600 versechsfacht hat? Worin sieht sie die Ursachen dafür?

Frage 8:

Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass sich der Exportüberschuss von Studierenden zwischen 1995 bis 2003 von rund 7.000 auf über 14.000 verdoppelt hat? Worin sieht sie die Ursachen dafür?

Zu Frage 7 und 8:

Angesichts der Tatsache, dass sich im Zeitraum vom Wintersemester 1995 bis 2003 nicht nur der Exportüberschuss bei den Studierenden verdoppelt hat, sondern auch die Studierendenzahl an den Brandenburger Hochschulen um den Faktor 2,5 gestiegen ist, bewertet die Landesregierung die Entwicklung des Studierendenexports als nicht zu besonderen Maßnahmen zwingend. Im übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 3 und 4 verwiesen.

Frage 9:

Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus dem Bericht und welche Aktivitäten plant sie diesbezüglich?

Zu Frage 9:

Aus dem Bericht ergeben sich für die Landesregierung keine unmittelbaren Schlussfolgerungen, da Brandenburg betreffende Aussagen zur Studierendenmobilität vor Erscheinen des Berichts bekannt waren, und diese im übrigen nur schwer zielgerichtet beeinflussbar ist. Die Landesregierung strebt keine spezifischen Quoten von Landeskindern an den Hochschulen in Brandenburg an. Was die Landesregierung hingegen anstrebt, ist eine höhere Bruttostudierquote, wozu mit dem Kabinettsbeschluss von 2001 zur Studienplatzerweiterung eine quantitative Voraussetzung geschaffen worden ist. Weiterhin werden die Hochschulen in ihren Bemühungen um eine intensive Studienberatung und Studierendenwerbung unterstützt. Eine stärker strukturierte Studieneingangsphase wird die Effekte, die sich hinsichtlich der Studienbereitschaft und des -erfolges aus der Umstellung auf die gestufte Studienstruktur ergeben, verstärken.